

Wahlprüfsteine DPWV - KG Wuppertal zur Kommunalwahl 2009

Welche sozialpolitischen Schwerpunkte wird Ihre Partei in den nächsten fünf Jahren setzen?

Lorenz Bahr:

Der sozialpolitische Schwerpunkt der Wuppertaler GRÜNEN wird darin bestehen, alle wesentlichen Kernbereiche sozialer Infrastruktur in unserer Stadt zu erhalten und – wo nötig – trotz der finanziellen Rahmenbedingungen auszubauen. Hierzu gehören beispielsweise der Erhalt und der bedarfsgerechte Ausbau psychosozialer Hilfen, zielgruppenspezifische Arbeits-, Betreuungs-, Pflege- und Wohnangebote für die wachsende Zahl älterer Menschen, bedarfsorientierte und leicht zugängliche Gesundheitsförderung für Menschen in problematischen Lebenssituationen, Herstellung von Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen sowie eine konsequente materielle Unterstützung und inhaltliche Einbindung der mannigfaltigen Selbsthilfepotentiale in die Strukturen sozialer Hilfen in Wuppertal.

Wesentliche Teile dieser zwangsläufig alles andere als abschließenden Aufzählung sind zwar als abstrakte Zielvorgabe politisch nicht wirklich strittig, weisen jedoch im Gesamtkontext politischer Interessenabwägung viel zu häufig nachgeordneten Charakter auf.

Und deshalb sagen wir anders als die politische Konkurrenz: Kommunale Daseinsvorsorge und Existenzsicherung nach Kassenlage ist mit GRÜNER Sozialpolitik nicht vereinbar. Wir schließen kategorisch Leistungseinschränkungen in den Bereichen Soziales, Jugend und freie Kultur im Zusammenhang mit dem erst nach der Kommunalwahl angekündigten Haushaltssicherungskonzept aus.

Wie wollen Sie den zunehmenden sozialen Problemen in Wuppertal:

- steigender Bedarf im Bereich Hilfe zur Erziehung
 - steigende Zahl der Bedarfsgemeinschaften nach SGB II
 - Kinderarmut
- in den nächsten Jahren begegnen?**

Lorenz Bahr:

HzE

Zunächst können wir politisch motiviert dem steigenden Hilfebedarf im Bereich der Hilfen zur Erziehung nicht begegnen, indem wir ihn künstlich reduzieren. HzE ist eine individuell einklagbare Sozialleistung, die zu gewähren ist, wenn Hilfebedarf besteht und angezeigt wird.

Wir können in diesem Bereich Kosten reduzieren, indem wir die Fallsteuerung näher am Kind bzw. den Personensorgeberechtigten und ihren Bedarfen orientieren. D.h. auf der Verwaltungsseite, dass wir im Bereich des Jugendamtes für ausreichend Kapazitäten und MitarbeiterInnen sorgen, die länger 'am Fall' bleiben. Und d.h. im Bereich der stationären Unterbringung, dass wir versuchen, mehr qualifizierte Erziehungsstellen einzurichten und Pflegeeltern zu finden, die alternativ zu einer Jugendwohngemeinschaft oder zu einem Heim Kinder und Jugendliche aufnehmen und begleiten, auch wenn es schwierig mit ihnen wird.

Langfristig können wir dem Bedarf an HzE aber nur sinnvoll begegnen, wenn wir präventiv aufsuchend und früh auf alle Familien, insbesondere Familien in schwierigen Lebenslagen zugehen. Hier haben wir GRÜNEN bereits in der vergangenen Wahlperiode einen entsprechenden Antrag unter dem Stichwort „Baby-Begrüßungspaket“ an den Rat der Stadt Wuppertal eingebracht, der von der Großen Koalition abgelehnt worden ist: Stadtteilhebammen können schon vor der Geburt Kontakt zu den werdenden Eltern aufnehmen, JugendamtsmitarbeiterInnen können kurz nach der Geburt ein Begrüßungspaket überreichen und fragen: „Wie können wir Sie als junge Eltern jetzt ganz aktuell unterstützen, damit Sie und Ihr Kind einen unbekümmerten Start ins Leben haben?“ Vielleicht sind junge Eltern schon bei der Anmeldung ihres Spösslings in den ersten Tagen des Wochenbettes überfordert; hier zu helfen und die Familien frühzeitig kennen zu lernen, kann ein Zugang zu und Vertrauen bei den Familien eröffnen, der in akuten Problemsituationen später vielleicht von Vorteil ist.

Bedarfsgemeinschaften

Die bevorstehende Umstrukturierung der SGB-II-Trägerschaft wird bei jedem derzeit denkbaren Szenario zu weiteren erheblichen Erschütterungen der sozialen Landschaft in Wuppertal führen. Hier gilt es, frühzeitig unter Einbeziehungen aller Beteiligten, ein wirklich transparentes Verfahren zu entwickeln, mit dem unsere soziale Infrastruktur steuerungs- und handlungsfähig bleibt. Die in der ablaufenden Wahlperiode von der Großen Koalition zunehmend praktizierte nichtöffentliche Hinterzimmerpolitik unter weitgehender Ausschaltung der politisch und fachlich zuständigen Gremien darf nach der Wahl keine Fortsetzung finden.

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften nach SGB II hat bereits jetzt besorgniserregende Ausmasse. Kommunalpolitisch wirklich beeinflussbar ist sie nicht. Bundesgesetzliche Regelungen, der Zustand der öffentlichen Kassen sowie die hochproblematische Situation im Bereich der Wirtschaft geben hier derzeit wenig Anlaß zur Hoffnung. Notwendig ist die sozial-, jugend- und bildungspolitische Anpassung unserer Infrastruktur an die spezifischen Belange armer, erwerbsloser und vielfach ausgegrenzter Menschen. Die Effizienz kommunaler Daseinsvorsorge bemisst sich an konkreten Ergebnissen hinsichtlich der Verbesserung der Lebenssituation von Menschen, die hierzu vorübergehend oder dauerhaft aus eigener Kraft nicht in der Lage sind.

Darüber hinaus befürworten die Wuppertaler GRÜNEN z.B. eine eigenständige kommunale Beschäftigungs- und Qualifizierungspolitik. Solange diese aus den oben genannten Gründen sozialrechtlich im Wesentlichen unter dem Dach des SGB-II-Trägers

angesiedelt bleibt, sind entsprechenden Bemühungen durch die hierfür auf Wuppertal entfallenden Mittel Grenzen gesetzt. Die von uns darüber hinaus sachlich stets für erforderlich gehaltenen kommunalen Aktivitäten - etwa auf der Grundlage des SGB XII – sind uns angesichts der derzeitigen haushalts- und sozialrechtlichen Lage leider untersagt. Hier bedarf es einer bundesgesetzlichen Änderung bzw. Absicherung der bereits bestehenden Maßnahmen.

Kinderarmut

Und auch die materiell gravierenden Probleme armer und damit vielfach ausgegrenzter Kinder können wirksam letztlich nur auf Bundesebene angegangen werden. Die GRÜNEN fordern daher seit langem eine deutliche Anhebung der Regelsätze in den SGB II und XII. GRÜNE Versuche, in Rat und Fachausschüssen entsprechenden Aufforderungen an Bund und Land appellative Beschlusskraft zu verleihen, scheiterten in der Regel an den beiden in Wuppertal die Mehrheit bildenden Fraktionen CDU und SPD. Wir werden in unseren diesbezüglichen Bemühungen nicht nachlassen.

Eine große Enttäuschung haben wir hier in Wuppertal im Zusammenhang mit dem kostenfreien Mittagessen für Kinder und Grund- und weiterführenden Schulen erlebt. Aus meiner Feder selbst stammte der Antrag an den Rat der Stadt Wuppertal, ein kostenfreies Mittagessen für arme Kinder zunächst in den Grundschulen anzubieten. In der Endausbaustufe hätte das € 600.000,- kosten können.

Nachdem SPD und CDU den Antrag aus politischen Opportunitätsgründen mitgetragen hatten, hat die Große Koalition das kostenfreie Mittagessen für arme Kinder in einer ihrer ersten Amtshandlungen ohne jede Not und ohne Beanstandung des Regierungspräsidenten wieder abgeschafft und die Verantwortung auf einen ehrenamtlich arbeitenden Verein übertragen. Dessen Arbeit ist mehr als nur lobens- und unterstützenswert; was aber nicht geht ist, dass sich die öffentliche Hand aus der Daseinsvorsorge für Kinder zurückzieht und die Verantwortung auf Ehrenamtliche überträgt. Ehrenamt kann hier unterstützend tätig werden. Die öffentliche Hand aber muss ihrer Verantwortung vollumfänglich gerecht werden. Die befristet vom Land NRW zur Verfügung gestellten Mittel 'Kein Kind ohne Mahlzeit' sind bei der Begegnung des tatsächlichen Hilfebedarfes nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Abschließend nur ein Hinweis: Als stellvertretender Vorsitzender des Landesjugendhilfeausschusses Rheinland habe ich zusammen mit unseren dortigen Ampel-Koalitionspartnern dafür Sorge getragen, dass das Landesjugendamt Rheinland das Thema Kinderarmut an exponierter Stelle in einer Stabsstelle zentral bearbeitet und regelmäßig im Ausschuss 'Jugendhilfestruktur' berichtet. Entsprechende Strategien, die von jugendhilfepolitischer Seite zum Thema beigesteuert werden können, sollen auf diese Weise in die öffentliche Debatte eingebracht und als Forderung an Land und Bund formuliert werden.

Welche Maßnahmen planen Sie, um die Stadt für Familien (wieder) attraktiver zu

machen?

Lorenz Bahr:

Neben den bereits angesprochenen armutsbekämpfenden Maßnahmen ist Kinder- und Familienfreundlichkeit eine Querschnittsaufgabe, die sich durch nahezu alle kommunalpolitischen Handlungsfelder ziehen und dort Berücksichtigung finden muß. Entscheidende Eckpunkte hierbei sind eine Vielzahl stadtentwicklungspolitischer Maßnahmen, Investitionen in Schule, Kitas, offene Jugendhilfeeinrichtungen und zielgruppenspezifische kulturelle Angebote. Um in all diesen Feldern qualitativ nennenswerte Verbesserungen zu erzielen, ist ein erheblicher Mitteleinsatz erforderlich. Dieser lässt sich nur zu einem sehr geringen Teil durch Haushaltsumschichtungen darstellen, sodaß nach anderen Wegen der Finanzierung gesucht werden muß. Neben die Suche nach Umschichtungspotentialen müssen daher das Erschließen weiterer Finanzquellen sowie die Herstellung von Synergieeffekten durch trägerübergreifende Kooperationen treten.

Sehr geholfen hat uns hier in Wuppertal in diesem Zusammenhang die Unterstützung in Höhe von € 42 Mio im Rahmen des Konjunkturpaketes II. Über die bereits in diesem Jahr geplanten € 60 Mio für die Sanierung Wuppertaler Schulen – wir arbeiten als junge Politikergeneration hier die Versäumnisse unserer Vorgängergenerationen auf – konnten deutlich höhere Investitionen beschlossen werden, die im weit überwiegenden Teil Kindern und Jugendlichen in Bildungseinrichtungen zugute kommen werden. Warum die Stadt Wuppertal und die Große Koalition allerdings im ersten Aufschlag bei der Mittelverteilung die Einrichtungen freier Träger und der Kirchen im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips nicht mit bedacht hat, wird mir für immer ein Rätsel bleiben. Erst der politische Druck der GRÜNEN Opposition und der öffentliche der Kirchen hat hier zu einem Umdenken bewegt.

Welche Handlungsnotwendigkeiten ergeben sich aus Sicht Ihrer Partei durch den demographischen Wandel in Wuppertal?

Lorenz Bahr:

Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung wird sich auch in Wuppertal weiter deutlich erhöhen. Notwendig ist hier eine Politik, die sich gezielt an den Bedürfnissen dieser Altersgruppe orientiert, ohne gleichzeitig jüngere Menschen zu benachteiligen. Notwendig ist eine Stadtentwicklungspolitik, die dezentral in den Stadtquartieren die erforderliche Basisinfrastruktur erhält bzw. schafft und etwa auch Einkaufsmöglichkeiten vor Ort vorsieht. Neben der lebensnotwendigen Nahversorgungsstruktur ist der Erhalt der Qualität des öffentlichen Nachverkehrs ein weiteres wichtiges Element, das auch für Familien mit Kindern von hoher Relevanz ist.

Die GRÜNEN unterstützen den bedarfsgerechten Ausbau des ambulanten und stationären Pflegebereiches. Dies auch außerhalb der „klassischen“ Institutionen, nämlich in Form der

Erprobung und Förderung alternativer Wohnformen, die individuelles und selbstbestimmtes Leben außerhalb etablierter Hilfeangebote ermöglichen.

Zu den Maßnahmen, die als Antwort auf den demographischen Wandel erforderlich sind, gehören auch Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung Wuppertals für Familien und kinderlose Erwachsene im erwerbsfähigen Alter.

Welchen Stellenwert hat aus Ihrer Sicht die soziale Arbeit in Freier Trägerschaft in Wuppertal? Welche Position vertritt Ihre Partei zum Thema Subsidiarität (Nachrangigkeit staatlicher Maßnahmen vor bürgerschaftlichem Engagement)?

Lorenz Bahr:

Das Subsidiaritätsprinzip hat Verfassungsrang und stellt einen wesentlichen und unverzichtbaren Eckpfeiler in der Organisation sozialer Arbeit dar. Es ist eine tragende Säule unseres Sozialstaates, ohne den viele wichtige Hilfesysteme in der erforderlichen Differenziertheit nicht denkbar wären.

Die Nachrangigkeit staatlicher Maßnahmen bzw. ihre Wahrnehmung und konkrete Ausgestaltung durch freie Träger hat in Wuppertal über viele Jahre erfolgreich sichergestellt, dass wir in einer Reihe von Bereichen über eine beispielhaft Infrastruktur verfügen, die es zu erhalten gilt.

Welche Strategien haben Sie vor dem Hintergrund der z.T. seit mehr als 10 Jahren nicht angepassten Zuschüsse an die Freien Träger in Ihrer Partei entwickelt, um die soziale Infrastruktur vor dem Hintergrund der Finanzprobleme der Stadt in den nächsten Jahren zu sichern?

Lorenz Bahr:

Das übergeordnete Ziel der Wiederherstellung kommunaler Handlungsfähigkeit ist auch für uns GRÜNE von zwingender Vorrangigkeit. Solange unsere Stadt finanzpolitisch weitestgehend handlungsunfähig ist, bleiben kostenträchtige Verbesserungsvorschläge inhaltsleerer Populismus, mögen sie in der Sache noch so berechtigt sein.

In der Fragestellung wird zu Recht darauf hingewiesen, dass in weiten Bereichen der sozialen Infrastruktur unserer Stadt die an die Freien Träger zur Aufgabenwahrnehmung geflossenen Mittel seit vielen Jahren nicht mehr angepasst wurden. Dies ist einerseits die Folge der ebenso lange bereits andauernden Haushaltsmisere, andererseits die Folge einer von Stadt, Politik und freien Trägern gewollt unveränderten Aufrechterhaltung der *gesamten* sozialen Infrastruktur. Von Seiten der GRÜNEN wurde in den vergangenen Jahren wiederholt gefordert, in offenen und transparenten Gesprächen zwischen Stadt, Politik und freien Trägern die künftigen Strukturen sozialer Arbeit zu diskutieren, zu priorisieren und – gemeinsam – zu planen. Wenngleich unsere diesbezüglichen Bemühungen bislang weitgehend erfolglos blieben und daher der Druck auf die sozialen

Leistungen gerade jetzt ganz erheblich steigt, halten wir dennoch ein derartiges Vorgehen nach wie vor für alternativlos.

Eine kommunale Finanzreform, die es uns ermöglichen wird, wieder eigenständig und eigenfinanziert Hilfesysteme auszubauen bzw. bestehende Finanzierungen dem tatsächlichen Aufwand anzupassen, wird kurzfristig nicht erfolgen. Es ist daher abzusehen, dass ein Abbau sozialer Hilfen nicht vollständig vermieden werden kann. Aufgabe aller Beteiligten ist es deshalb mehr denn je, diese leider unvermeidlichen Umstrukturierungen – gemeinsam - geplant durchzuführen, um den Erhalt unverzichtbarer sozialer Arbeit auch weiterhin sicherzustellen.

Um nicht missverstanden zu werden: Eine Kürzungsdebatte wird von uns nicht ausgehen; wir stimmen keinen Kürzungen in den Bereichen Soziales, Jugend und freie Kultur zu. Und selbstverständlich werden die GRÜNEN auch keiner Kürzung der sog. freiwilligen Zuschüsse zustimmen. Ebenso wenig werden wir allerdings in der Lage sein, die zum kurz- und mittelfristigen Erhalt der gesamten Einrichtungslandschaft erforderlichen Zuschussanhebungen zu fordern, da dies aus haushaltsrechtlichen und –wirtschaftlichen Gründen derzeit schlechterdings nicht möglich ist. Das Ziel bei den nächsten Haushaltsplanberatungen 2010/11 muss deshalb sein, alle Mittel im Bereich Soziales, Jugend und freie Kultur in unveränderter Höhe so zu belassen, wie sie heute eingesetzt sind. Damit folgen wir einem vorbildlichen Beschluss der Wuppertaler Synode, die trotz veränderter Rahmenbedingungen ebenfalls die Mittel für Jugendprojekte in unveränderter Höhe beibehält. Die notwendigen Veränderungen müssen innerhalb der bestehenden Budgets realisiert werden.

Darüber hinaus nutzen wir unsere intensiven Kontakte zu den zuständigen Landtags- und Bundestagsabgeordneten seit Jahren, um sowohl allgemein bezogen auf die Kommunalfinanzen, als auch etwa die sozialpolitischen Notwendigkeiten hinsichtlich der derzeitigen und künftigen Finanzierung sozialer Aufgaben über SGB-II-Mittel zu thematisieren.

Wie will Ihre Partei mit den aktuellen Vorgaben des Regierungspräsidenten zur Haushaltskonsolidierung in überschuldeten und von Überschuldung bedrohten Städten umgehen?

Lorenz Bahr:

Die Vorstellungen und Vorschläge der Kommunalaufsicht hinsichtlich angeblicher Kürzungsmöglichkeiten in den Bereichen Soziales, Jugend und Kultur (vielfach auch darüber hinaus) sind u.E. an Abwegigkeit kaum zu überbieten. Sie sind zynisch, oftmals von keinerlei Sachkenntnis gelenkt und angesichts der genannten „Einsparpotentiale“ haushaltspolitisch völlig irrelevant. Sie werden daher von uns abgelehnt.

Gleichwohl ist die Stadt Wuppertal rechtlich verpflichtet, Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung nachzuweisen. Da wir Kürzungen in allen Bereichen ablehnen, in

denen kommunale Daseinsvor- und -fürsorge essentiell betroffen ist, stellen die bekannten und nicht nur von uns erhobenen Forderungen nach angemessener finanzieller Ausstattung der Kommunen die einzige wirklich zielführende Perspektive dar. Wuppertal ist aus eigener Kraft auf Jahre hinaus nicht in der Lage, finanzpolitischen Spielraum zu gewinnen. Wir unterstützen daher alle Initiativen, die zum Ziel haben, Bund und Land zu entsprechenden politischen Beschlussfassungen zu veranlassen.

Wir glauben aber auch, dass wir in Wuppertal zum Erhalt der kommunalen Selbstbestimmung den Nachweis führen müssen, alle selbst zu betätigenden Hebel auch in Bewegung gesetzt zu haben und offen und öffentlich über Einsparziele und –potentiale nicht nur diskutiert, sondern sie auch umgesetzt zu haben.

Insofern richten sich unsere Forderungen an Bund, Land und die Kommune zugleich.